

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

3.10.1923 (No. 229)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 1.-6. Oktober 21 500 000 M. — Einzelnummer 5000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Schlüsselsatz heute 50 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Spangeweiser Bezeichnung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in Anlagen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unversendene unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unversendete unserer Lieferanten werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Einschränkung der Versammlungsfreiheit

Der Befehlshaber des Wehrkreises 5, Generalleutnant Reinhardt in Stuttgart, hat bestimmt, daß in seinem Befehlsbereich, zu dem auch Baden gehört, alle öffentlichen Versammlungen, Ansammlungen, Umzüge und Aufzüge unter freiem Himmel verboten sind. Gleichzeitig werden alle öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen von der Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde abhängig gemacht. Die Polizeibehörden sind angewiesen, gegen jede Handlung, die zum Generalstreik oder zum Bürgerkrieg auffordert, einzuschreiten.

#### \* Außenpolitik oder Innenpolitik

Nach den heute früh vorliegenden Meldungen aus Berlin sind die gestern verbreiteten Gerüchte über eine Kabinettskrisis als übertrieben zu bezeichnen. Ein Teil dieser Gerüchte soll, wie jetzt mit Nachdruck betont wird, überhaupt nicht den Tatsachen entsprechen. Wichtig ist, daß in einzelnen Fraktionen gewisse Cliquen vorhanden sind, die gerade in den letzten Tagen mit neuen Heißvorwürfen aufwarten zu müssen glauben, und deren Auftreten dann als maßgeblich für die Stimmung der Gesamtfraktion hingestellt wurde. Wichtig ist ferner, daß noch ziemlich übereinstimmender Ansicht sämtlicher Parteien einzelne Minister nicht die auf sie gesetzten Erwartungen erfüllt haben, und daß man deshalb wünscht, diese Minister durch andere, hoffentlich befähigtere Persönlichkeiten zu ersetzen.

Richtig ist aber auch, daß diese ganze Diskussion über die Umbildung des Reichskabinetts in einem Zeitpunkt erfolgt, der außenpolitisch wie innenpolitisch dafür ganz und gar nicht geeignet ist. Man kann heute ohne Übertreibung sagen, daß die Situation außenpolitisch und innenpolitisch schwieriger und düsterer ist denn je.

Selbstverständlich ist daran nicht allein der böse feindliche Nachbar schuld. Wir sollten uns endlich einmal von der bequemen Methode lossagen, die darin besteht, daß man jedes Vergehen der Maschine auf einen Fußtritt Frankreichs zurückführt. Ebenso hat es gar keinen Zweck, immer wieder zu erklären, daß Frankreich ja doch nur unsern Untergang wolle, und daß deshalb alle Bemühungen Frankreich gegenüber umsonst seien. Steht man wirklich auf diesem Standpunkt und hält ihn für unverrückbar, dann sollte man wenigstens daraus auch die Konsequenz ziehen. Das geschieht aber nirgends. Erstens, weil jeder sich scheut, die Verantwortung für diese Konsequenz zu übernehmen, und zweitens, weil eben doch im Innersten der Brust das Gefühl der Hoffnung nicht ganz erlöschen will. Ist dem aber so, dann hat es, wie gesagt, keinen Zweck, jene Methode eines bequemen Pessimismus weiter zu verfolgen.

Solange wir vaterländisch fühlen, solange uns die Existenz des deutschen Reiches und des deutschen Volkes als ein kostbares, nie zu veräußerndes Gut gilt, sind wir schon aus Patriotismus verpflichtet, alles zu tun, und alles zu versuchen, um den Druck, der auf uns lastet, zu lockern, d. h. mit Frankreich so oder so zu irgend einem Arrangement zu kommen. Es hieße die Politik als solche verabschieden, wenn man bei allen Maßnahmen von vornherein die Maxime herrschen ließe, daß Frankreich eben doch unsern Untergang will. Aufgabe unserer Politik ist es dann eben, diesen Willen zu durchkreuzen und den Untergang abzuwenden.

Dazu gehört aber, daß unter allen Umständen die Fragen der Außenpolitik eine Vorrangstellung bekommen, d. h. daß sie unbedingt vor die Fragen der inneren Politik rückergriffen werden. Nach den Erfordernissen der Außenpolitik hat sich die innere Politik zu richten. Ganz von selbst ergaben sich da unmittelbar, nachdem der Beschluß zum Abbrechen des passiven Widerstandes gefaßt war, gewisse Erfordernisse. Leider sind sie nicht erfüllt worden. Und zwar spielen dabei die Vorgänge in Bayern die Hauptrolle.

Unter dem Gesichtswinkel unserer Außenpolitik gesehen, sind diese Vorgänge sicherlich das Schlimmste, was uns passieren konnte. Und wenn jetzt in den Auseinandersetzungen mit Frankreich immer wieder von den Hoheitsrechten des Reiches gesprochen wird, die nicht verletzt werden dürfen, so soll man sich nur darauf gefaßt machen, daß Frankreich uns darauf hinweisen wird, daß wir ja selber nicht mehr in der Lage sind, dem Recht

der Verfassung und der Hoheit des Reiches in allen deutschen Ländern Respekt zu verschaffen. Die Vorgänge in Bayern bedeuten wahrscheinlich, wenn nicht noch in letzter Stunde ein Wunder geschieht, den Anfang zur Auflösung des Reiches. Und offenbar ist es denn auch die dadurch völlig veränderte Situation, die Frankreich und Belgien veranlaßt, die Antwort auf die deutsche Anfrage, wie denn nun der normale Zustand im Ruhrgebiet wieder hergestellt werden soll, hinauszuzögern.

Würde morgen in Frankreich oder in jedem ir- beliebigen anderen Staate sich das ereignen, was sich jetzt bei uns in Bayern ereignet, würden sich in Frankreich z. B. wichtige Departements außerhalb der französischen Verfassung stellen und der Pariser Regierung praktisch den Gehorsam verweigern, ohne daß sie darauf sofort zum Gehorsam zurückgeführt werden, dann würde der außenpolitische Kredit auch hier unter den Nullpunkt heruntersinken. Es ist bezeichnend für die politische Reifeität unseres Volkes, daß heute noch weite Kreise nicht im entferntesten ahnen, was uns eigentlich Bayern angetan hat.

Für alle finanzpolitischen Maßnahmen aber gilt gleichfalls der Grundsatz von der Vorrangstellung der Außenpolitik. Gelingt es uns nicht, ein Arrangement mit Frankreich in kürzester Zeit zu finden, so werden auch alle unsere Anstrengungen auf finanziellem Gebiet umsonst sein. Erst muß das große Rad im Rumpfs des Schiffes gestopft werden, bevor man daran denken kann, die Tafelrunde wieder in Ordnung zu bringen. Ob es überhaupt noch möglich sein wird, den Forderungen, die heute die Situation außenpolitisch an uns stellt, innenpolitisch zu genügen, das ist allerdings eine Frage, die nur schwer zu beantworten ist. Wer sein Vaterland liebt, wird sie jedoch mit einem Ja beantworten müssen.

### Das Kabinett Stresemann

#### Rücktritt des Reichswirtschaftsministers v. Raumer

Der gestrige Dienstag war in Berlin ganz und gar von Verhandlungen zwischen dem Reichskabinett und den Führern der Parteien und von Fraktionsitzungen ausgefüllt, so daß die für diesen Tag anberaumte Sitzung des Reichstags verschoben werden mußte. Über den Verlauf der Verhandlungen wird mitgeteilt, daß in der Dienstagvormittag abgehaltenen Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler, an der auch der Führer der bayerischen Volkspartei teilnahm, der Reichskanzler die Grundzüge seiner im Reichstage zu haltenden Rede entwickelte. Bei der großen Tragweite der auf außen- u. innenpolitischem Gebiet zu fassenden Beschlüsse legten die Fraktionsführer Wert darauf, zunächst mit ihren Fraktionen zu beraten, worauf Fraktionsitzungen stattfanden. Reichswirtschaftsminister v. Raumer hat seine Demission eingereicht. Sein Rücktritt wird jedoch nicht auf Meinungsverschiedenheiten mit der Politik des Kabinetts, sondern auf persönliche Gründe — anscheinend Gegensatz zum Reichskanzler — zurückgeführt. Über den Verlauf der Fraktionsitzungen vom Dienstag berichtet W.L.B.:

Berlin, 2. Okt. In der Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei war Reichskanzler Dr. Stresemann selbst anwesend. Er legte der Fraktion sein Programm dar: diese stelle sich durchaus hinter seine Politik. Auch das Zentrum beschloß, dem Programm des Reichskanzlers zuzustimmen und lehnte eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts ab, wobei es ausgemacht sein dürfte, daß das Zentrum an der Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei festhalten müsse. Die demokratische Fraktion erklärte, daß sie an einer Personenfrage nicht interessiert sei, daß sie aber für das vom Kabinett beabsichtigte Ermächtigungsgesetz stimmen würde, wenngleich sie nicht in einem Kabinett mit den Deutschnationalen zusammenbleiben würde. Im letzteren Sinne entschlossen sich auch die Sozialdemokraten. Ferner nehmen sie in bezug auf das Ermächtigungsgesetz insofern eine zustimmende Haltung ein, als es sich auf die Währungs- und Finanzpolitik bezieht. Dagegen lehnen sie das Ermächtigungsgesetz ab, soweit es sich auf wirtschaftliche und soziale Fragen, insbesondere auf die Durchführung des Arbeitsgesetzes bezieht. Außerdem halten sie daran fest, daß ihre drei Minister im Kabinett bleiben.

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz bemerkt die Nachricht von verschiedenen Blättern, daß er dem Reichskanzler Verbleiben seiner Partei in der Regierung abhängig sei. Er habe nur den Standpunkt vertreten, daß seine Fraktion eine weitgehende Ermächtigung zur Durchführung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Gesetze vorwiegend von der endgültigen Befestigung des einen oder des anderen Ressorts abhängig machen müsse. Auch habe er die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsintensität zur Erhöhung der Produktion betont. In den dazu ge-

eigneten Betrieben würde man auch vor einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht zurückschrecken.

Weiter wird aus Berlin gemeldet: In keiner der bürgerlichen Parteien der großen Koalition haben Beratungen stattgefunden über die Bildung einer Rechtsregierung. Wichtig ist dagegen, daß in allen Fraktionen kritische Stimmen gegen einzelne Mitglieder des Kabinetts laut geworden sind. Doch ist das auch früher schon der Fall gewesen und hat sich früher bereits zum Teil auch gegen Mitglieder der eigenen Fraktion gerichtet. Wichtig ist ferner, daß in den einzelnen Fraktionen sich Zirkel gebildet haben, die die Auffassung vertreten, daß die gegenwärtige kritische wirtschaftliche und finanzpolitische Lage des Reiches es erforderlich mache, dem Kabinett außerordentliche Vollmachten zur Durchführung bestimmter Pläne zu geben. Bisher aber haben keine Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden, auf welche Gebiete sich diese Maßnahmen beziehen, welchen Umfang die Vollmachten haben sollen und in welchem Maße das Parlament bei der Durchführung dieser Vollmachten beteiligt werden soll.

#### Aus der nicht erfolgten Regierungserklärung

Aber die auf die auswärtige Politik bezüglichen Teile der Regierungserklärung, die der Reichskanzler Dr. Stresemann am Dienstag im Reichstag abgeben wollte, macht die „Zeit“, das dem Kanzler nahesteheende Blatt, folgende Angaben:

„Die Regierungserklärung zieht außenpolitisch die Konsequenzen aus einer zweifelstfrei gegebenen Lage. Es ist klar, daß die französische Regierung nicht verhandeln will, sondern auch nach Einstellung des passiven Widerstandes den Kurs ihrer bisherigen Politik weiter verfolgt. Dabei ist namentlich die Art, wie sie die Wiedereinstellung der deutschen Beamten behandelt, für Deutschland unerträglich. Der Dienst, den man den Beamten aufzwingen will, bedeutet einen unerbittlichen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte. Es ergibt sich aus der ganzen bisherigen Regierungspolitik von selbst, daß das Kabinett diesem Vorgehen nicht ruhig zusehen wird. Die Regierungserklärung läßt keinen Zweifel daran, daß das Kabinett entschlossen ist, auf das französische Vorgehen die einzig mögliche Antwort zu erteilen.“

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich die Reichsregierung sofort nach der offiziellen Mitteilung über den Abbruch des passiven Widerstandes an den französischen Botschafter in Berlin mit der Anfrage gewandt, ob und in welcher Form die belgische und die französische Regierung bereit seien, mit deutschen Beauftragten über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet zu verhandeln. Obwohl seither zwischen Staatssekretär von Raumer und dem französischen Botschafter wiederholte Besprechungen über diese Probleme stattgefunden haben, hat sich weder die französische noch die belgische Regierung bereit erklärt, in irgend einer Form die an sie gerichtete Anfrage zu beantworten.

#### Sicherung des flachen Landes

Berlin, 2. Okt. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheitsverhältnisse auf dem flachen Lande hat die Reichsregierung in einem Rundschreiben an die Landesregierungen angeregt, Vereinbarungen zur gegenseitigen Hilfe zu treffen, wenn die eigene Polizei des Landes nicht ausreicht. Sie erwartet die Verbündung der Polizeiorgane nicht nur im Interesse des eigenen Landes, sondern auch für die deutschen Gesamtinteressen in Gestalt einer polizeilichen Grenzhilfe. Außerdem wird nach dem Vorbilde Preußens die Bildung eines Sturmtrupps empfohlen, um das flache Land vor gewalttätigen Einwirkungen auf die Produktion zu schützen. Im übrigen ist die beschleunigte und ausreichende Ausrüstung der Ernteträger durch die Erzeuger als das beste Mittel gegen Plünderungen und Ausschreitungen auf dem Lande anzusehen.

### Politische Neuigkeiten

#### Zur Lage in Bayern.

wird gemeldet, daß der Landeskommandant der Reichswehr, General v. Kossow den Befehl des Reichswehrministers, das Erscheinen des „Völkischen Beobachters“ zu verhindern, zunächst an den bayerischen Generalstaatskommissar als den nach seiner Auffassung zuständigen Zivilkommissar weiterzugeben. Die Entscheidung liegt also jetzt bei Kahr. Der „Völkische Beobachter“, der weiter erscheint, behauptet, ihm sei aus dem Generalstaatskommissariat erklärt worden, „daß das deutschfeindliche Verbot nicht durchgeführt werden würde“.

Die sozialdemokratischen Organisationen Münchens und Südbayerns erlassen einen Aufruf an die Sicherheitsabteilungen, der die Auflösung unter Dank für die gebrachten Opfer mitteilt. Es heißt dann u. a.: „Wehrlos gemacht, lösen wir unsere Organisationen auf und belasten mit der Durchführung des Schutzes für unsere Einrichtungen und mit der vollen Verantwortung für diese jene Organe, die in der kritischsten Zeit zweierlei Rechte und zweierlei Staatsbürger geschaffen haben... Nach steht der äußere Feind im Land. Da zwingt uns unser Verantwortlichkeitsgefühl, nicht durch zweifelhafte Widerhand die Pläne jener fördern zu helfen, denen zur Erreichung ihrer selbstsüchtigen Ziele die Einheit und der Bestand der deutschen Republik nebensächlich sind.“

In einer Sitzung des Landesauschusses der württembergischen Zentrumspartei führte der württembergische Innenminister aus, zu Beunruhigungen sei in Württemberg kein Anlaß. Die Regierung sei stark genug, mit den ihr zur Verfügung stehenden Nachmitteln gegen Plünderer, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit der nötigen Raschheit und

Die Schlüsselzahl des badischen Einzelhandels vom 3. Oktober beträgt 9 600 000 (Vortag 7 200 000).

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923.

- 1. Der militärische Ausnahmezustand ist für das Reich beseitigt.
2. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Reichsverfassung sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.
3. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über.
4. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslanglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündung dieser Verordnung begangen sind.
5. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Auf Grund dieser Verordnung hat der Reichswehrminister die vollziehende Gewalt im Bezirk V dem Generalleutnant Reinhardt für den Bereich dieses Bezirks übertragen.

- 1. Sämtliche Behörden bleiben in ihrer Tätigkeit. Der Gang der Verwaltung bleibt unverändert.
2. Von der Bevölkerung erwarde ich, daß sie den etwa erforderlichen Anordnungen unbedingt Folge leistet; jeden Versuch die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören, werde ich unternommen.

Der militärische Befehlshaber:
gez. Reinhardt
Generalleutnant
Befehlshaber im Bezirk V und Kommandeur der 5. Division.

Bekanntmachung.

Einschränkung der Versammlungsfreiheit
Im Bereich des Bezirkskommandos V, also auch in Baden, sind alle öffentlichen Versammlungen, Ansammlungen, Umzüge und Aufzüge unter freiem Himmel verboten, ebenso alle öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen von der Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde abhängig gemacht.

Stuttgart, den 1. Oktober 1923.
Der militärische Befehlshaber:
gez. Reinhardt
Generalleutnant.

Bekanntmachung.

Die Verordnung vom 17. April 1923.
Da die Reichsverordnung vom 17. April 1923 mit Wirkung vom 26. September 1923 aufgehoben ist, sind sämtliche auf Grund dieser Verordnung ergangenen Anordnungen, wie bereits im Einzelfall mitgeteilt, außer Kraft getreten.

Der Unterbevollmächtigte gemäß Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. April 1923 für den Freistaat Baden.
Dr. v. Bard, Oberregierungsrat.

Bekanntmachung.

Den Wölfischen Beobachter betr.
Nach Mitteilung des Reichsinnenministers vom 2. Oktober 1923 Nr. VII 6066 hat der Reichswehrminister den Wölfischen Beobachter in München auf unbestimmte Zeit verboten.

Der Minister des Innern:
Remmelé.
Die Festsetzung der Ortslöhne betr.
Die mit Wirkung vom 10. September 1923 im Dienstbezirk festgesetzten Ortslöhne werden gemäß §§ 149, 151 RVO. mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an berichtigt.

Bad. Oberversicherungsamt.
Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Rechnungshofs:
Ernannt:
Oberfinanzrat Moritz Reinach in der Domänenabteilung des Finanzministeriums unter Befassung seiner bisherigen Amtsbezeichnung zum Kollegialmitglied des Rechnungshofs.
Ministerium des Innern.
Ernannt:
Kriminalassistent Paul Dumm in Mannheim zum Kriminalsekretär, Bachmeister Otto Keller in Karlsruhe zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Energie eingreifen. Notwendig sei, daß ordnungsliebende Teile der Bevölkerung die Regierung in ihren Maßnahmen unterstützen. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Auch nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes, muß die Befreiung des Rheins, Ruhr- und Saargebiets und ihre ungehemmte Zugehörigkeit zum Deutschen Reich das Ziel des deutschen Volkes bleiben.“

Der republikanische Reichsbund veranstaltete in Stuttgart eine öffentliche Versammlung, die außerordentlich stark besucht war. Der badische Kultusminister Dr. Sellpach sprach über „Das sterbende und werdende Europa“.

Nach Blättermeldungen aus Dresden, haben die Kommunisten bei den Verhandlungen über ihren Eintritt in die sächsische Regierung eine Reihe von Forderungen aufgestellt, u. a. sofortige Mobilisierung der Massen, sofortige Einberufung des Landtages, Beseitigung des Ausnahmezustandes, Verhängung und Bewaffnung der gemeinsamen Abwehrorganisationen, die auch die Grenze gegen Bayern sichern sollen.

In Österreich rühren sich die Nationalsozialisten aufs Neue. In einem Wiener Vorort ist es zu Zusammenstößen gekommen, wobei ein junger Arbeiter getötet wurde.

Die Vorgänge in Düsseldorf

Das berichtet aus Düsseldorf, daß die Zahl der Opfer beträchtlich höher sei als zuerst angenommen wurde. 17 Deutsche seien getötet (darunter 12 Zivilisten, 3 Soldat, und 2 blaue Polizeibeamte) und 91 Deutsche verwundet worden.

Der Londoner „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Bericht aus Düsseldorf, in dem festgestellt wird, daß die Schutzpolizei, als sie zur Wiederherstellung der Ordnung ihren Standort verließ, von den Separatisten sofort nach ihrem Erscheinen mit scharfen Schüssen empfangen wurde.

Aus Essen wird gemeldet, daß der stellvertretende Polizeipräsident Regierungsrat Friedensdorf von den Franzosen als Geiseln festgenommen wurde, während der seit dem 26. September in Haft befindliche Polizeirat Gekener entlassen wurde.

Die Rede des englischen Premierministers
Der Inhalt der Rede, die Baldwin bei der Eröffnung der britischen Reichskonferenz gehalten hat, wird nun veröffentlicht. Die englische Blätter nennen sie inhaltslos, der „Daily Telegraph“ schreibt, daß der Optimismus Baldwins darauf beruhe, daß er von Poincaré feierliche Zusagen erhalten habe.

Nach den amtlichen Mitteilungen stellte Baldwin, soweit seine Rede sich mit den europäischen Fragen befahte noch einmal fest, daß England und Frankreich noch immer verschiedene Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Ruhraktion als ein Mittel, um Zahlungen von dem als zahlungsunwillig geschätzten Deutschland zu erlangen.

Die „Times“ betont, daß England immer noch einen Teil Europas bilde, dessen Problem das dringende Problem der Außenpolitik sei. Die deutsche Stabilität zerfalle jetzt. Frankreich unterstütze die separatistische Bewegung wenigstens inoffiziell.

Kurze Nachrichten

Das Küstiner Abenteuer hat, wie amtlich mitgeteilt wird, ein schnelles Ende gefunden. Ein Eingehen der nach Küstlin herangekommenen militärischen Verstärkungen war nur in geringem Umfang notwendig.

Die hannoversche Frage. Auf der Nordhannoverschen Landesversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei teilte Reichstagsabgeordneter Alpers mit, daß in übernächster Woche die Abstimmung über ein selbständiges Hannover neuerdings beantragt werden solle.

Ein Appell des Papstes. Nach einer Meldung aus Rom fordert der Papst die amerikanischen Bischöfe auf, ihre Mitarbeit, deren Ausland nicht mehr allzusehr bedürfe, dem nahen Orient und Zentralamerika zuzuwenden.

Der Papst über Deutschlands Tragödie. Das römische Blatt „Nuovo Paese“ gibt, indem er für die Authentizität einsteht, die folgenden Worte des Papstes wieder, die er zu dem Kardinalstaatssekretär geäußert haben soll.

Kein Streikrecht der Schweizer Staatsangestellten. Der Schweizer Bundesrat hat auf eine Interpellation erwidert, er stehe auf dem Standpunkt, daß die Landesregierung im Einvernehmen mit der großen Mehrheit des Volkes das Streikrecht der eidgenössischen Beamten, Angestellten und Arbeiter entschieden ablehnen müsse.

Die Spanier in Marokko. Aus Tanger wird gemeldet, daß die Milizen, die schon seit einiger Zeit vorbereitete Offensiven gegen die Spanier eröffnet hätten.

Badische Uebersicht

Die Teuerung in Baden in der 1. Oktoberwoche

Die Landesindexziffer für die Lebenshaltungskosten (mit Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts vom 1. Oktober auf 46 537 200,06, ohne Bekleidung auf 41 189 035,52 (1913/14 = 1).

Aus der Deutschen Volkspartei

Am Sonntag nachmittag fand in Mannheim unter dem Vorsitz von Stadtrat Ludwig Daas eine von sämtlichen Organisationen des Wahlkreises 6 beschickte Konferenz statt.

Die am 30. September in Mannheim versammelten Vertreter des Wahlkreisverbandes Mannheim, Weinheim, Schwetzingen der Deutschen Volkspartei sprechen einstimmig ihrem Führer, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann das Vertrauen aus und geloben ihm auch weiterhin die bisher treueste Gefolgschaft zu leisten.

Vom badischen Bauernverein

In der badischen Bauernvereins-Organisation begingen die Generaldirektor Dr. Aengenheister und Direktor Burkart den Tag ihres 20jährigen Dienstjubiläums.

Berein badischer Pflanzenzüchter

Die am Sonntag abgehaltene Vorstandssitzung des Vereins badischer Pflanzenzüchter e. V. in Heidelberg zeitigte wichtige Ergebnisse von allgemeiner Bedeutung.